

---

FORUM FREIE GESELLSCHAFT  
DENKANSTOSS

## KONSEQUENTER LIBERALISMUS

---

MICHAEL VON PROLLIUS



FORUM FREIE GESELLSCHAFT

VORBEMERKUNG: Im nachfolgenden Denkanstoss trete ich für einen konsequenten Liberalismus ein. Dieser Liberalismus ist eigentlich adjektivlos. Ich versuche zurück zu den Wurzeln zu gehen, um das Wesentliche aufzuzeigen und die Essenz von neueren Mischungen abzugrenzen. Auf die Zusätze konsequent und klassisch greife ich eher notgedrungen zurück. Einerseits ist das Verständnis, was liberal ist, heute zunehmend beliebig geworden. Andererseits ermöglicht ein radikales Verständnis – radikal im Sinne des lateinischen Wortstamms radix, Wurzel – sich darauf zu besinnen, woraus der Liberalismus erwachsen ist, worin er wurzelt und Halt hat, aber auch wann liberal wurzellos wird.

Ich verstehe den Denkanstoss als ein Living Paper, das für Kommentare, Korrekturen und Anregungen offen ist. In diesem Sinne wünsche ich eine anregende Lektüre mit der 1. FASSUNG.

Berlin, 5. Februar 2017

*Michael von Prollius*

## INHALT

Historische Spurensuche: Herrschaft mindern als liberaler Kern.....	4
Der janusköpfige Staat: Freiheitssicherung und Freiheitsgefährdung.....	6
Staat und Gesellschaft – Taxis und Kosmos.....	8
Begriffliche Klarstellungen .....	10
Kritik der Kritik des Minimalstaats .....	13
Kritik des Kosmo-Liberalismus.....	15
Schlussbemerkungen .....	16

WAS IST LIBERALISMUS? UND WIE LÄSST SICH LIBERALISMUS VON ANDEREN POLITISCHEN STRÖMUNGEN ABGRENZEN? Welche Denkhaltungen und Entscheidungen sind noch liberal und welche nicht mehr? Diese Fragen sind nicht trivial. Sie zielen auf verschiedene Ebenen oder Sphären, darunter Philosophie und Politik. Sie betreffen Grundsätzliches und Alltägliches. Die Unterschiede sind bedeutsam, weil das Aufweichen von Prinzipien über ihre Verwässerung bis hin zur Unkenntlichkeit führen kann. Um es mit einem Bild zu veranschaulichen: „Was ist ein Kamel? Ein von einer Kommission entworfenes Pferd.“ Über das, was Liberalismus ist, sollte Klarheit herrschen – gerade in einer Zeit, in der partei- und gesellschaftspolitisch jahrelang die sogenannte Mitte zum Bezugspunkt allen Handelns und Denkens gemacht wurde; in einer Zeit, in der sich geradezu jedermann eine liberale, weltoffene Einstellung bescheinigt, tatsächlich aber den Staat für die Lösung seiner und im Grunde aller Probleme verantwortlich macht. Das gilt umso mehr für Versuche, sozialdemokratische Ansichten mit dem Etikett Liberalismus zu versehen.<sup>1</sup>

Klarheit erfordert Abgrenzung. Abgrenzung bedeutet unterscheiden. Ein Tisch ist ein Tisch, ein Stuhl ein Stuhl, ein Tischstuhl oder Stuhltisch ergibt keinen Sinn und findet sich allenfalls bei Kleinkindern als Tripp Trapp oder Treppenhochstuhl mit einem kleinen Brettchen. Der Unterschied zwischen Liberalismus – im klassischen Sinn, Neo- und Ordoliberalismus sowie Sozialliberalismus und Scheinliberalismus liegt nicht in der jeweils enthaltenen liberalen Komponente, sondern in dem, was als nichtliberale Komponente hinzugefügt wird. Unterscheiden können ist Teil politischer Urteilskraft. Eine Erörterung, was Liberalismus ist, kann nachfolgend nicht erschöpfend erfolgen. Anthony de Jasay hat mit „Liberalismus neu gefasst“ vor über 20 Jahren ein ganzes Buch zu diesem Thema verfasst. Robert Nozicks Begründung des Minimalstaats in seiner Auseinandersetzung mit Anarchismus und Wohlfahrtsstaat liegt sogar mehr als 30 Jahre zurück.

## HISTORISCHE SPURENSUCHE: HERRSCHAFT MINDERN ALS LIBERALER KERN

Ein Blick in die Geschichte hilft zu verstehen, wie und warum der Liberalismus entstanden ist, was ursprünglich liberal war und zeitlos liberal bleibt. Die Wurzeln des Liberalismus erstrecken sich bekanntlich über das Mittelalter bis in die Antike. Bedeutende Ausprägungen fanden auf dem europäischen Kontinent statt. Von den liberalen Architekten politischer Ordnungen ragen Immanuel Kant und Benjamin Constant hervor. Eine Wiege des Liberalismus liegt in den politischen Kämpfen des 17. Jahrhunderts in England. Es war die Partei der Whigs, die gegen Willkür und für eine Bindung aller Menschen – insbesondere der Herrschenden – an das Recht kämpfte. Gegen Jakob I. und bis zur Glorious Revolution mit den Bill of Rights von 1688, der Gründungsakte des Parlamentarismus, gelang es ihnen, die Herrschaft von Menschen zunehmend in eine Herrschaft des Rechts zu verwandeln. Am Anfang stand das Streben nach Meinungsfreiheit, in deren Zentrum der Kampf um Religions- und Gewissensfreiheit stand und sich in der Presse-, Rede- und Versammlungsfreiheit

<sup>1</sup> Was Neoliberalismus ist, und was nicht, stellt eine weitere, hier nicht behandelte Frage dar. Siehe dazu auch meinen Beitrag: Was verdanken wir den Neoliberalen? Friedrich August von Hayek Gesellschaft Kleine Texte Nummer 2 / 2010.

sowie der akademischen Lehrfreiheit niederschlug.

Willkür respektive Herrschaft verringern und Freiheit gewährleisten gehören zusammen, es handelt sich um die beiden Seiten derselben Medaille, der Freiheitsmedaille. Handeln an das Recht der Freiheit zu binden betrifft jedermann. Freiheit sichern als Handlungsspielraum für jedermann lässt sich mit einem Urknall vergleichen, der entsprechende gewaltige Folgen zeitigt. Wohlstand und Wohlfahrt in allen Facetten, von der Ernährung über Wohnung und Bekleidung bis hin zu einer weitaus besseren Gesundheit und Gesundheitsversorgung sind nicht zuletzt das Ergebnis gesprengter Ketten: Die unabhängigen Bemühungen vieler in ihrem Streben nach einer Verbesserung des Lebens haben immer und überall zur Überwindung von Armut und Elend aus eigener Kraft geführt. Das geschah weniger allein als vielmehr in Kooperation mit anderen Menschen, zunächst bekannten, bald aber völlig unbekanntem Mitmenschen. Die Vergrößerung der Kooperationsmöglichkeiten setzt mit Spezialisierung und einer dezentralen Koordination von Ressourcen ein einzigartiges Entdeckungsverfahren in Gang, das niemand plant, niemand kontrolliert und dessen Ergebnisse niemand anstrebt, aber die Welt besser werden lässt. Offenkundig war und ist die Begrenzung von Macht, das Einhegen von Gewalt und Herrschaft, die elementare Voraussetzung von Freiheit. Die Verminderung der Macht von Menschen über Menschen bildet den zeitlosen Kern des Liberalismus.<sup>2</sup>

An dieser Stelle möchte ich betonen, dass namhafte Liberale es für bedeutsamer hielten, Herrschaft zu mindern, als eine möglichst geeignete Regierungsform zu realisieren. Und Herrschaft mindern heißt stets und zu allererst den Staat als Gewaltmonopolisten zu zähmen. Nicht Demokratie als Herrschaft der Mehrheit, sondern eben Herrschaft so weit wie möglich mindern, ist die herausragende und zeitlose Aufgabe. Herrschaft wird nicht dadurch besser, dass sie statt von einem Einzelnen durch wenige oder viele ausgeübt wird. Mit den Worten von Friedrich August von Hayek: *„Der Liberalismus befaßt sich mit den Aufgaben des Staates und vor allem mit der Beschränkung seiner Macht. Die demokratische Bewegung befaßt sich mit der Frage, wer den Staat lenken soll. Der Liberalismus fordert, alle Macht, also auch die der Mehrheit, zu begrenzen.“*

Wer den Staat schrumpft, verringert die Möglichkeit der Privilegienvergabe an staatsnahe Interessenvertreter. Zugleich bleibt es dem Entdeckungsverfahren einer freien Gesellschaft überlassen, eine Regierungsform schrittweise zu entwickeln und weiterzuentwickeln. Eine Gesellschaft wird und bleibt dann frei, wenn sich der Wert der besseren Ideen durchsetzt. Das Eintreten für die Freiheit in allen Lebensbereichen durch mutige Frauen und Männer besitzt dafür herausragende Bedeutung. Reißbrettentwürfe vermeintlicher idealer Konstruktionen sind eine Anmaßung von Wissen. Zudem wandeln sich die Herausforderungen, was stete Anpassungen der Verfassung und anderer Institutionen erfordert. Friedrich August von Hayek hat mit seinem Zweikammersystem einen Denkanstoß geliefert, nicht mehr und nicht weniger. Im Zentrum seiner Überlegungen steht ebenfalls die Absicht, eine Freiheit sichernde Verfassung dem Zugriff der alltäglichen Politik und der jeweils Regierenden zu entziehen. Ob dafür ein Expertengremium geeignet ist, hängt offenkundig maßgeblich von dessen

<sup>2</sup> Das gilt aktuell nicht nur weltweit angesichts zahlloser Konflikte und Kriege (siehe dazu z.B. den Global Peace Index), sondern auch angesichts weitaus milderer Form von Zwang und Freiheitsbeschränkungen, die unauflöslich mit den insbesondere im Westen verbreiteten Neotatismus der demokratischen Wohlfahrtsstaaten innewohnt.

Zusammensetzung ab. Eine freie Gesellschaft ruht auf freien Menschen.

## DER JANUSKÖPFIGE STAAT: FREIHEITSSICHERUNG UND FREIHEITSGEFÄHRDUNG

Bis weit in die Mitte des 20. Jahrhunderts hinein war es weit über das liberale Lager hinaus klar, dass der Staat die herausragende Bedrohung der Freiheit darstellt. Der österreichisch-schweizerische Bankier und Nationalökonom Felix Somary urteilte: *„Sein Charakter als Zwangsorganisation und Kardinalgegner der Freiheit ist von alters her bis zu Lenin unbestritten“*. Heute sind die Staaten und ihre Bürokratie omnipräsenter denn je. Gleichwohl hat sich die liberale Idee als sehr erfolgreich erwiesen. Der Staat verlor im Laufe der Jahrhunderte seinen Status als „irdischer Gott“. Die Angehörigen der Staatsführung wurden in der westlichen Welt und darüber hinaus dem Recht unterworfen und an den Schutz der Bürgerrechte gebunden. Existenzberechtigung und Aufgabe des Staates bestehen im Schutz der Bürger. Der Schutz von Leib, Leben und Eigentum im Innern und nach außen ist die einzige liberale und einzige legitime Aufgabe, die dem Staat zukommt.<sup>3</sup> Das liegt nicht zuletzt daran, dass dieser Aufgabe jedermann zustimmen kann.<sup>4</sup> Wenn Leib, Leben und Eigentum von jedem Menschen geschützt werden, kommt das jedem einzelnen zugute und ein allgemeines Gefühl der Sicherheit entsteht; es beruht auf real existierender Sicherheit. Dafür sind Dienstleistungen erforderlich. Wer diese Dienstleistungen übernimmt, ist eine Frage, die es immer wieder im Detail neu zu klären gilt. Eine vollständige Privatisierung von Gewalt ist jedoch kontraproduktiv. Zugleich besteht eine offenkundige Herausforderung darin, den Kardinalgegner der Freiheit mit deren Sicherung zu beauftragen.

Letztlich ist die Idee der Konzentration und gleichzeitigen Kontrolle der Gewalt in einer übergeordneten Institution weder einfältig noch unlösbar. Die Zähmung des Leviathans setzt an seiner Existenz an – organisierte Herrschaft gab es immer, Herrschaftslosigkeit dagegen in entwickelten Gesellschaften nie für einen längeren Zeitraum. Eine vollständige Privatisierung von Gewalt würde zunächst lediglich zu einem Etikettenwechsel und dann im Zuge eines Gewaltwettbewerbs zur Staatsbildung führen. Die permanente Herausforderung besteht also darin, die Staatsgewalt durch das Recht in ihre Schranken zu weisen und zugleich das Ausüben hoheitlicher Sicherheitsaufgaben zu gewährleisten.

Zu den Sicherungsmaßnahmen gehören folgende Ansätze:

- Eine Verfassung ist die Garantie für individuelle Freiheit und sichert den Menschen und die politische Ordnung gegen kollektivistische und autoritäre Übergriffe. Eine Verfassung besteht aus negativen Abwehrrechten. Alles Staatshandeln muss sich innerhalb der Verfassungsschranken bewegen.
- Die Teilung der Staatsgewalten sorgt für eine Verteilung von Macht und für ihre Begrenzung.

<sup>3</sup> Meine Argumentation ist nachzulesen in: Legitime Staatsausgaben, in: Helmut Krebs: Klassischer Liberalismus. Die Staatsfrage - gestern, heute, morgen, Norderstedt 2014, 183-213.

<sup>4</sup> Zustimmungsfähig bedeutet nicht, dass jeder seine Zustimmung erteilt hat.

Das geschieht sowohl horizontal (Legislative, Exekutive, Judikative) als auch vertikal (Bund, Land, Gemeinde).<sup>5</sup>

- Zudem können die Legislative und Teile der Exekutive im Zuge von Wahlen ausgetauscht werden. Ein substanzieller Austausch ist allerdings nur möglich, wenn es Alternativen gibt. Das ist die Krux der Demokratie und bildet zugleich die Herausforderung, vor der jede pluralistische Gesellschaft steht.
- Eine wichtige Ergänzung und teilweise ein Ersatz für Wahlen bilden Losverfahren. Sie waren bereits in der antiken Demokratie sowie in der Frühen Neuzeit ein wichtiges Element zur Begrenzung von Herrschaft.
- Staatliches Handeln wird außerdem an das Recht gebunden und unterliegt einer öffentlichen Nachprüfbarkeit. Staatliche und nichtstaatliche Organisationen wie ein Rechnungshof und der Bund der Steuerzahler überwachen und kritisieren Teile des Staatsapparates. Ohne wachsame Bürger funktioniert die Demokratie nicht – der Staatsapparat neigt zur permanenten Anmaßung von Zuständigkeiten und weitet sich dementsprechend kontinuierlich, hanezu grenzenlos aus.
- Schon deshalb ist es wichtig, dass Subsidiarität und besser noch Nonzentralismus als institutionelle Prinzipien greifen können. So werden die Tätigkeiten auf die niedrigste Ebene verlagert; dort wird der Aufgabenumfang kleiner, präziser und auf das notwendige Maß beschränkt sein. Idealerweise ist auch die Kontrolle besonders ausgeprägt, weil die Menschen direkt und persönlich betroffen sind. Nonzentrale Einheiten besitzen Autonomie.
- Zudem gibt es zahlreiche Überlegungen zu einer Verfassung der Freiheit, darunter Regeln, Zuständigkeiten und Verfahrensweisen, die dazu dienen, den Staat auf seine Kernaufgaben zu beschränken (u.a. befristete Gesetze, Auslaufklauseln, Trennung von Verfassungs- und Verfahrensregeln auch im Hinblick auf die Personen, die über sie entscheiden). Die Public Choice Schule bietet beispielsweise mit ihrem Vertreter James Buchanan zahlreiche Ansatzpunkte.

**Das alles überragende liberale Prinzip lautet: Ungleiche Menschen werden gleich behandelt.**

Demzufolge sind alle Menschen unter dem Recht gleich. Die leider überwiegend praktizierte Realität folgt der Maxime: ungleiche Menschen werden ungleich – d.h. willkürlich – behandelt. In enger Verbindung damit steht, das, was Anthony de Jasay wie folgt formulierte: *„Was die Liberalen von anderen unterscheidet, ist ihr Bemühen zu zeigen, daß der Einsatz von Zwang dazu dient, die Freiheit zu maximieren.“* Und dieser Zwang darf dementsprechend nur legitimer Zwang sein. Das ist dann der Fall, wenn eine Schädigung Dritter verhütet wird. Das ist nicht der Fall, wenn der Zwang lediglich der Besserstellung einer gesellschaftlichen Gruppe dient.

Zusammengefasst: Der Staat hat die Freiheit des Bürgers zu sichern und Freiheitskonflikte unter

<sup>5</sup> Zur problematischen Lage in Deutschland siehe die Analyse von Hubert Milz: Gewaltenteilung als Verfassungsprinzip auf Forum Freie Gesellschaft vom 17. Januar 2016.

Bürgern nach dem Recht der Freiheit zu schlichten. Mit Immanuel Kant bedeutet das, die Willkür – gemeint ist Freiheit – des einen mit der Willkür des anderen unter allgemeinen Rechtsgesetzen zu vereinigen. Der liberale Staat ist ein Rechtsschutzstaat. Der liberale Staat ist ein Minimalstaat. Seine Aufgaben sind hoheitlicher Natur. Weiterer Aufgaben sind möglich, bergen aber drei Gefahren: 1. Die Vernachlässigung der hoheitlichen Aufgaben. Der Staatsapparat verzettelt sich. 2. Der Verstoß gegen hoheitliche Aufgabe. Statt das Privateigentum zu schützen, wird es gemindert. 3. Der Transfer von Tätigkeiten aus der Sphäre der Bürgers in die des Staates. Private Tätigkeiten werden verstaatlicht und ökonomisiert, bürgerliche Solidarität und Subsidiarität werden ausgehöhlt. Gerade die letzte Gefahr ist nicht trivial, denn Staat und Gesellschaft unterscheiden sich substantiell.

## STAAT UND GESELLSCHAFT – TAXIS UND KOSMOS

Staat und Gesellschaft, Staat und Marktwirtschaft sind unterschiedliche Ordnungen. Der Staat beruht auf Privilegien, die nur die Angehörigen des Staates genießen, nicht aber die übrigen Bürger. Der Staat steht über den Bürgern, allerdings nur um ihnen zu dienen. Leider gilt Lord Actons Diktum: Macht korrumpiert, absolute Macht korrumpiert absolut.

Der Staat funktioniert nach dem Prinzip der Organisation – anders als die Gesellschaft, die eine spontane Ordnung darstellt. Organisationen sind das Ergebnis menschlicher Planung oder menschlichen Entwurfs. Der Staat ist als Bürokratie selbstbezogen. Bürokratien sind nach genauen Regeln und Vorschriften organisiert, die von übergeordneten Personen festgelegt werden und die Freiheit, das, was nach eigener Überzeugung am Besten zu tun ist, stark einschränken. Nach dem Weisungsprinzip werden Aufgaben gegliedert, zugewiesen und von zuständigen Organisationsbereichen (Behörden und ihren Untergliederungen) bearbeitet. Leistungsfähigkeit, Effizienz und Innovationskraft sind dementsprechend minder entwickelt und sinken regelmäßig im Vergleich mit privaten Organisationen.

Friedrich August von Hayek hat Organisationen mit dem Begriff der Taxis, der griechischen Schlachtreihe belegt. Davon unterscheidet er den Kosmos, die spontane Ordnung. Die Gesellschaft – und als ein Bereich davon die Marktwirtschaft – folgt als spontane Ordnung weder einem Plan noch einem Entwurf. Die Ergebnisse des Zusammenwirkens der Menschen werden von niemandem absichtlich angestrebt, sondern sind als Ganzes ein mehr oder minder zufälliges Resultat der Kooperation und des Wettbewerbs. Da die Akteure selbst vielfach nicht wissen, was sie zukünftig tun werden, ist es per se schwer, die Ergebnisse ihres (zufälligen) Zusammenwirkens zu prognostizieren. Der Output einer Behörde kann hingegen viel einfacher vorhergesagt werden als das Bruttoinlandsprodukt.

Eine offene Gesellschaft kennt keine festen Ziele, keinen guten oder idealen Endstatus. Das ist sogar ihr Wesen. Israel Kirzner beschrieb die Unterlegenheit von Organisationen wie folgt: *„Außerhalb des Marktkontextes gibt es im Rahmen der ökonomischen Theorie nichts, was verlässlich irgend einen systematisch ablaufenden Prozess wechselseitiger Entdeckungen erzeugt, der dazu tendieren könnte, durch schiere Unwissenheit verursachte Phasen sozialer Suboptimalität zu beseitigen.“*



Werden Tätigkeiten von der Gesellschaft auf den Staat übertragen, ändert sich damit Grundlegendes: Die Bürokratie arbeitet selbstbezogen nach Zuständigkeiten, die privaten Organisationen und Unternehmen hingegen außenbezogen. Das staatliche Wissen ist das der vorhandenen Experten und Sachbearbeiter. Motivation und Ziele von Beamten und Staatsangestellten einschließlich Soldaten und Polizisten sowie deren Koordination folgen anderen Grundsätzen als das bei Unternehmern, Angestellten, Bürgern und ehrenamtlich tätigen Menschen der Fall ist. Die Koordination des Wissens und das Messen der Ergebnisse unterscheiden sich in beiden Sphären. In einer Bürokratie gibt es keine Preise und somit keine vergleichbare Koordination – weder von knappen Ressourcen noch von verstreutem Wissen. Mangels Maßstab (d.h. Preis) ist keine Kosten-Nutzen-Rechnung möglich. An ihre Stelle tritt (allenfalls) das möglichst genaue Einhalten der Vorschriften. Zudem sind die Beziehungen zu den Abnehmern der Leistung viel anonym und ebenfalls durch Vorschriften geleitet, nicht durch das Streben nach erfolgreichen Lösungen oder persönlicher Anteilnahme. Bürokratien fehlt das Märkten und Gesellschaften innewohnende Entdeckungs- und Entmachtungsverfahren. Schließlich ändert sich mit der Verlagerung der Tätigkeiten auf den Staat wer entscheidet: *„Die wahren Herrscher im kapitalistischen System der Marktwirtschaft sind die Verbraucher. Sie entscheiden – indem sie kaufen oder von einem Kauf absehen – wer das Kapital besitzen und wer die Fabriken leiten soll. Sie legen fest, was und in welcher Menge und Qualität produziert werden soll. Ihre Ansichten bestimmen Gewinn oder Verlust des Unternehmers. Sie machen Arme reich und Reiche arm.“* Urteile Ludwig von Mises.

Vor diesem Hintergrund sollte nachvollziehbar sein, warum nach liberaler Auffassung die Aufgabe des Staatsapparates einzig und allein der Schutz von Leib, Leben und Eigentum der Bürger ist, während alle weiteren Tätigkeiten hoch problematisch sind.

**Exkurs:** Wie entsteht das Recht der Freiheit?

Freiheit ist einerseits vorstaatlich – als Voraussetzung, um Handeln zu können. Nur wer handeln kann ist frei, wer unfrei ist, kann nicht handeln. Andererseits bedarf Freiheit beim Zusammenleben von Menschen des Rechts, damit die Freiheit des einen mit der Freiheit des anderen bestehen kann.

Recht entsteht aus Konventionen und Konflikten. Konventionen resultieren aus Kooperation. Kodifikations- und sanktionsbedürftige Konventionen werden zu Recht, das schriftlich fixiert wird. Freiheitliche Konventionen zeichnen sich inhaltlich dadurch aus, dass sie für alle Menschen zustimmungsfähig sind, weil sie die Kooperation fördern. Das Recht der Freiheit schützt die Freiheit jedes Menschen und regelt Freiheitskonflikte durch allgemeingültige Prinzipien, die Leib, Leben und Eigentum schützen.

Die Ausweitung der Freiheit und Begrenzung der Herrschaft gelang historisch maßgeblich durch das Ausweiten der Meinungsfreiheit. Das Recht der Freiheit bedarf ebenfalls des tatkräftigen Engagements seiner Befürworter und ihrem politischen Eintreten. Zudem kann das auch durch eine überlegene Wettbewerbsfähigkeit gelingen, die entweder die Einrichtung von Sonderrechtszonen erforderlich macht oder sich im Kleinen im Alltag bewährt, bei Erfolg aber nicht verboten werden darf.

## BEGRIFFLICHE KLARSTELLUNGEN

Was bedeuten Freiheit und Recht im Liberalismus? Wie verhält es sich mit sozialer Gerechtigkeit, Fairness und Moral? Warum ist Ungleichheit für Liberale normal und wünschenswert? Diese und andere Begriffe werden nachfolgend präzisiert ohne Anspruch darauf, eine optimale Definition zu liefern. Eine Abgrenzung von nicht liberalen Auslegungen oder einem verwässerten „Liberallala“ ist das Ziel.

- **Freiheit** bedeutet Handeln im Rahmen der Rechte und unter Berücksichtigung der Pflichten. Freiheit ist im Liberalismus erstens stets individuelle Freiheit, zweitens vorstaatlich, drittens staatlich zu schützen, vierten nur im Fall von Freiheitskonflikten einschränkbar und damit fünftens eine Frage des Verhältnisses zwischen den Menschen sowie zwischen ihnen und dem Staat. Freiheit lässt sich auch als Wert verstehen. Eine freie Gesellschaft steht und fällt mit der Bedeutung, die die Menschen der Freiheit zumessen. Indes geht es im Liberalismus nicht um einen Wettstreit um die richtigen Werte. Die individuellen Wertvorstellungen der Menschen haben in einer konsequent liberalen Ordnung Platz solange sie dem Recht der Freiheit genügen.

Freiheit ist das Ziel jeder menschlichen Gemeinschaft – die Freiheit bildet die Grundlage und den Bezugspunkt von Moral, sie bildet die Voraussetzung für Handel und alle übrigen wirtschaftlichen Tätigkeiten. Friede kann nur auf Freiheit gebaut werden. Menschliche Würde und Glück sind untrennbar mit Freiheit verbunden.

Freiheit hat im Liberalismus nichts mit einem bestimmten Lebensstil oder einem Wohlstandsniveau zu tun. Was der Einzelne mit seiner Freiheit tut, was er anstrebt, wie er seine Kräfte entwickelt, all das ist Teil der offenen Gesellschaft und der spontanen Ordnung. Der Gebrauch der Freiheit und die Befähigung zur Freiheit fallen nicht in die Zuständigkeit des Staates oder der Politik. Liberale tun gut daran, ihre Mitmenschen zu unterstützen. Die Ausübung von Zwang auf einige Menschen, um anderen zu helfen ist jedoch illiberal.

Wertneutral heißt nicht blind gegenüber Werten zu sein. Gleichwohl bedeutet es, dass der Staat sich nicht zum Befürworter oder Förderer von Werten macht – auch nicht, um Gutes zu tun. Zur Sicherung der Freiheit gilt es indes gegen freiheitsfeindliche Haltungen und Bestrebungen einzuschreiten. Dann hat der Staat Partei zu ergreifen.

- Der Liberalismus hat zur Lebensweise der Menschen nichts zu sagen. Heteronome **Moralvorstellungen**, die verschiedene Menschen in sich tragen, sind nur insofern relevant, als sie unter dem Recht der Freiheit gedeihen können. Jedem das Seine, jedem nach seinen Vorstellungen. Zugleich haben die Menschen im Verlauf der Jahrhunderte Handlungsregeln gefunden, die für den einzelnen Menschen und die Gesellschaft insgesamt nützlich sind. Diese Moralregeln dienen dazu, langfristig sein Glück zu mehren, und sie sind universalisierbar. Eine derartige Moral mindert Konflikte und mehrt ein fruchtbares Miteinander. Wenn es eine Freiheitsmoral gibt, dann die der Kooperation. Henry Hazlitt nannte sie zunächst „Mutualismus“, war aber im gleichen Atemzug der Ansicht, dass „Kooperatismus“ der bessere

Begriff sei. Die Moral der Freiheit besteht demnach in der Förderung individueller Ziele durch Kooperation und setzt sich aus jenen Verhaltensregeln zusammen, die Kooperation fördern.

- **Gerechtigkeit** herrscht, wenn Handlungen im Einklang mit den Regeln gerechten Verhaltens stehen. Gerechtigkeit besteht überall dort, wo im Einklang mit dem Recht (der Freiheit) gehandelt wird. Heute scheint gerecht zwar all das zu sein, was der Erfüllung irgendwelcher Wünsche dient. Gerechtigkeit ist für Liberale aber keine Geschmacksfrage, die willkürlich oder nach persönlicher Perspektive und Neigung entschieden werden kann, sondern ein objektiver Tatbestand: Wurden die Regeln eingehalten, dann herrscht Gerechtigkeit.
- **Soziale Gerechtigkeit** ist hingegen ein Pleonasmus wie nasser Regen. Unsoziale Gerechtigkeit gibt es nicht. Das Hinzufügen des Wortes „sozial“ macht aus der Gerechtigkeit keine bessere oder präzisere Gerechtigkeit, sondern dient der Verschleierung und der Umwidmung des Begriffs. Soziale Gerechtigkeit meint materielle Umverteilung und annähernde Gleichheit der Lebensumstände. Das kann ein erstrebenswertes Ziel sein oder auch nicht, hat jedoch nichts mit dem Einhalten von Regeln und Recht zu tun. Das Maximum an sozialer Gerechtigkeit wäre erreicht, wenn niemand ein höheres Einkommen bzw. Vermögen als jemand anderes besäße. Das ist nicht möglich und erfordert bereits bei der Annäherung an diesen Zustand einen totalitären Staat. Das überbordende Mikromanagement unseres Lebens resultiert nicht zuletzt aus dem Streben nach sozialer Gerechtigkeit.
- **Gleichheit** ist für den Liberalismus stets Gleichheit unter dem Recht und damit Gleichbehandlung unterschiedlicher Menschen. Das bedeutet jedoch nicht, dass jeder Mensch alle anderen Menschen gleich behandeln muss und sie nicht diskriminiert darf. Die Gleichbehandlung gilt nur für die Anwendung des Rechts und für das Verhältnis der Staatsangehörigen zu den Bürgern. Der Eigentümer eines Stückes Land darf selbstverständlich entscheiden, wen er auf sein Land lässt und wen nicht. Nur die staatliche Diskriminierung ist Unrecht. Den einen zu begünstigen und den anderen zu benachteiligen, etwa indem der eine Geld bekommt, das dem anderen gehört, ist ungerecht. Wenn der alleinstehende Nachbar den vermeintlich kostenlosen Kindergartenplatz bezahlt und die Eltern über die „Abwrackprämie“ anteilig das neue Auto des Nachbarn, dann findet jene willkürliche Verteilung von Privilegien und Kosten im politischen Prozess statt, die Schritt für Schritt die Gleichheit vor dem Gesetz unterminiert.

Sobald Gleichheit vor dem Recht gilt, lässt sich jeder Wohlhabende, auf dem Markt vermeintlich Mächtige herausfordern. Wer sich über die vermeintliche Ungerechtigkeit und tatsächlich gemeinte materielle Ungleichheit in der Marktwirtschaft beklagt, verkennt meist den hier einzig möglichen Weg zum Reichtum: Der Erfolgsschlüssel liegt darin, einer großen Zahl von Menschen etwas Billigeres oder Besseres anzubieten, als es bisher gibt.

- **Chancengerechtigkeit, Chancengleichheit und Fairness:** Menschen, die erkennbar weniger vermögen, sei es aufgrund fehlender Fähigkeiten, Fertigkeiten oder Bildung, sollen gefördert

werden, damit sie mehr Bildung und mehr Vermögen haben und damit mehr aus ihrem Leben machen können. Jeder Mensch soll die gleiche Chance haben, sein Ziel zu erreichen. Leider steht diesem Vorhaben ein unüberwindbares Hindernis entgegen: Die Ziele der Menschen unterscheiden sich fundamental und die Fähigkeiten der Menschen auch. Das gilt unabhängig von Vermögen und Bildung, aber selbst wenn Menschen mit dem gleichem Vermögen ausgestattet wären oder die gleiche Bildung genossen haben. Es ist unmöglich, ungleiche Menschen gleich zu machen. Wer in den Vordergrund stellt, dass er weniger vermögende Menschen fördert, sollte das mit freiwilliger Unterstützung anderer tun, sonst benachteiligt er andere Menschen in ihrem Streben nach einem besseren Leben. Chancengleichheit bedeutet tatsächlich Ergebnismanipulation für gleiche Ergebnisse. Und wer möglichst gleiche Chancen anstrebt, der strebt eine Welt an, in der es sich immer weniger oder sogar nicht mehr lohnt sich zu bemühen, da Erfolg bestraft wird. Der Mittelweg ist eine Mischung aus Zufall und Willkür. Die beste individuelle Förderung leistet die private, sich um die Menschen persönlich kümmernde Initiative. Chancen lassen sich nur dann wahren, wenn die abstrakten Regeln gerechten Verhaltens gelten. Dann wird nicht geschoben. Dann verläuft das Leben wie ein faires Spiel. Fairness heißt nicht, der Bessere gewinnt, sondern die Regeln wurden eingehalten.

- Diese Feststellungen schließen weder eine Sozialpolitik noch Mindeststandards bei Bildung aus. Indes handelt es sich dabei um diskutabile Zweckmäßigkeitserwägungen, nicht aber um liberale Prinzipienausprägungen. Erst wenn nicht erzwungene, freiwillige Versuche zur Bereitstellung irgendeines öffentlichen Gutes gemacht wurden und erfolglos geblieben sind, darf der Staat einspringen.

Illiberal ist schließlich die Umdeutung von Recht in Ansprüche, die auch Anrechte genannt werden (Recht auf Bildung, Recht auf gewaltfreies Leben, Recht auf Urlaub etc.): Je mehr Rechte, desto mehr Freiheit? Wohl kaum! Rechte gehen mit Pflichten einher. Materielle Anrechte gehen mit materiellen Pflichten einher. Die Verpflichtungsmaximierung gilt beidseitig. Je mehr Anrechte, desto mehr Pflichten und mehr Belastungen.

- **Ungleichheit:** Wer Freiheit will, muss materielle Ungleichheit begrüßen – nicht nur billigen. Wer (mehr) Gleichheit will, muss Unfreiheit wollen und durchsetzen. Wer Wohlstand will, braucht Freiheit und Ungleichheit. Die Kurzformel lautet: Lob der Ungleichheit (Dagmar Schulze Heuling). Mehr materielle Gleichheit ist nur auf Kosten der Freiheit möglich. Erneut gilt, der Staat kann nur ungleiche Menschen gleich behandeln oder aber willkürlich ungleiche Menschen ungleich. Zudem resultieren aus ungleichen Lebensbedingungen die Anreize, Dinge zu ändern, Verbesserungen zu entdecken, Innovationen zu generieren.

Schussbemerkung zur Gleichheit: *„Niemals war der Welt eine bessere Gelegenheit geboten, aber sie warf sie von sich, weil das leidenschaftliche Verlangen nach Gleichheit die Hoffnung auf Freiheit zunichte machte.“* urteilte zeitlos treffend Lord Acton. Der Sozialismus beruht auf dem Grundsatz der universellen Ausbreitung der Gleichheit. Automatisch bedeutet das: Armut für fast alle und Reichtum für die herrschende Funktionärskaste. Die Public Choice Theorie befasst sich seit mehr als 50 Jahren

mit dem Phänomen des Staatsversagens und den Handlungen öffentlicher Akteure, darunter nicht zuletzt Politiker, die wie alle Menschen, vor allem persönliche Ziele verfolgen, aber sich als Anwälte des Gemeinwohls präsentieren. Ein Problem der Politik ist, dass diese grundsätzlich, wenn auch nicht ausnahmslos, töricht ist, weil sie durch Emotionen und nicht durch Vernunft geleitet ist, weil sie Erfolge stets zu Lasten anderer sucht. Die heute grassierende Verstaatlichung durch Bürokratisierung<sup>6</sup> macht zwar nicht direkt arm, sorgt aber für eine Stagnation vieler und eine Privilegierung mancher.

## KRITIK DER KRITIK DES MINIMALSTAATS

Die Konzeption des Minimalstaats wird von zwei Seiten attackiert: Anarchisten kritisieren die Existenz des Gewaltmonopolisten und dessen zwangsläufige Ausdehnung in Richtung eines Maximalstaats. Sozialdemokraten bemängeln eine unzeitgemäße Staatsauffassung, mangelnde demokratische Steuerung und vermuten, dass die Gesellschaft unfähig sei, hinreichende Armen- und Sozialfürsorge zu erbringen – eine Befähigung zur Freiheit sei für viele Menschen erforderlich.

Die anarchistische Kritik betrifft zwei unterschiedliche, aber mit einander verbundene Felder. Die Existenz und Notwendigkeit eines Staates ist zwischen Anarchisten und klassischen Liberalen nicht verhandelbar. Die Debatte wurde an anderer Stelle geführt.<sup>7</sup> Der Minimalstaat ist tatsächlich als minimalintensiver (Stefan Blankertz) Staat konzipiert, es ist kein Nichtstaat. Die Beschränkung auf hoheitliche Aufgaben ist konsequent hergeleitet, birgt aber tatsächlich die Gefahr einer uferlosen Ausdehnung – wie sie bereits schrittweise von adjektivischen Liberalen im Sinne eines Dritten Wegs gefordert wird. Allerdings wohnt diese Tendenz jedweder Konzeption inne, letztlich auch der anarchischen, die lediglich einen Schritt vor der Staatsbildung ansetzt, aber ebenfalls zwangsläufig zu Staatsgründungen und deren Ausdehnung führt. Das Problem ist menschlich. In klassisch liberaler Perspektive besteht die Herausforderung in einem steten Ringen um den Leviathans einzuhegen und für eine freie Gesellschaft selbstverantwortlicher Menschen zu werben. Hier liegen zugleich Gemeinsamkeiten zwischen Anarchisten und Liberalen.

Die sozialdemokratische Kritik enthält ebenfalls zwei Themenfelder, die durch ein grundsätzlich anderes Staatsbild als das klassisch liberale verknüpft sind. Der Staat gilt nicht oder weniger als Bedrohung, sondern als Organisation, um die Lebensbedingungen der Menschen auf vielen Feldern zu verbessern. Es fällt schwer eine Grenze zur Nichtzuständigkeit zu erkennen. Aus klassisch liberaler Perspektive verkennen die Liberaletatisten, dass

- die Sphäre des Staates sich eigene gesetzliche Handlungsbedingungen schafft, die Privilegien darstellen – Beispiele reichen vom Beamtenrecht bis zur Wettbewerbsverzerrung durch Regulierungen, Steuerbegünstigungen und mangelnden Folgen unwirtschaftlichen Handelns.

<sup>6</sup> Siehe dazu ausführlich mein Working Paper: Die dunkle Bedrohung: Verstaatlichung durch schleichende Bürokratisierung bei Forum Freie Gesellschaft vom 20.09.2015.

<sup>7</sup> Siehe dazu die Podiumsdiskussion The Battle: Liberkap vs. Ankap beim Antibürokratierteam und den Essay „Mythos Anarchokapitalismus“ (zusammen mit Helmut Krebs).

- Ineffizienz, Innovationsfeindlichkeit und Informationsmängel strukturelle Defizite des Staates sind, die mit staatlicher Bürokratie unauflösbar verbunden sind.
- die ohnehin problematische Ausdehnung der staatlichen Tätigkeit erheblich befeuert wird und somit der Pfad in Richtung einer Gesellschaft gelegt wird, in der um Privilegien gerungen wird, die Erfüllung von Gruppeninteressen zulasten anderer in den Mittelpunkt gesellschaftlicher Aktivitäten tritt und die Politik Handlungsspielräume bekommt, die eine Fülle freiheitsfeindlicher Entwicklungen in Gang setzt.

Der Dritte Weg führt nach nirgendwo oder besser in die sanfteren Spielarten des Sozialismus. Es ist illusionär zu glauben, dass eine Kombination der Vorzüge von Kapitalismus und Sozialismus, von offener Gesellschaft und autoritärem Staat, ohne deren Nachteile möglich ist. Das gilt für alle Abstufungen.

Tatsächlich gibt es im reinen Minimalstaatsmodell keine gesetzlichen, sondern nur private Sozialversicherungen – eine Versicherungspflicht kann auch aus Gründen des Eigentumsschutz erlassen werden. Zudem gibt es nur private Kindergärten, Schulen und Hochschulen – für eine gesetzliche Bildungspflicht lassen sich Argumenten anführen. Privater Verbraucherschutz ist im Minimalstaatsmodell dem staatlichen Überlegen. Eine Privilegierung von Organisationen, darunter Gewerkschaften, Zünfte und Verbände, gibt es ebenso wenig wie eine Kartellbehörde, weil ein anderes Wettbewerbsverständnis vorherrscht. Umweltschutz würde es geben, aber auf der Basis des Eigentumsschutzes.

Aus klassisch liberaler Sicht steht die als unzureichend angesehene Versorgung von Armen, Behinderten, Witwen und Waisen sowie Kriegsversehrten – wie es früher hieß – auf ganz dünnem Eis. Zunächst hat der Staat kein Geld und auch nicht mehr Geld als die Steuerzahler. Dann ist die Bürokratie für die Versorgung von Menschen den freien Bemühungen haushoch unterlegen. Die Produktion von Nahrungsmitteln und Kleidung, der Bau von Wohnungen und Häusern, jeder erkennbare Bereich des menschlichen Lebens wird durch marktwirtschaftliche und gesellschaftliche Initiativen weitaus besser abgedeckt. Die Befürchtung, Menschen könnten durch ein privates soziales Netz fallen, erscheint als Ausdruck einer Gewöhnung an staatliche Tätigkeit, für deren Alternativen es offenbar an Vorstellungskraft und Erfahrung mangelt. Dabei ist die Welt voll von Grasswurzeln- und Milliardeninitiativen privater Gönner und Gutmenschen. Allerdings sind deren Tätigkeiten der politischen Kontrolle und Steuerung entzogen und auf staatsferne Räume beschränkt.

Die Strategie des Minimalstaats ist die des Kapitalismus. Es handelt sich um eine Doppelstrategie: Der Minimalstaat sorgt für eine maximale Güterproduktion und vermehrt so den Wohlstand für alle. Die internationalen Freiheitsindices sprechen Bände – mehr Freiheit bedeutet mehr Wohlstand für die Armen. Hinzu kommt, dass es mehr zu verteilen gibt. Das tun die Reichen, die Wohlhabenden und die Menschen mit mittlerem Einkommen. Über das Internet werden zudem große Summen durch Crowd Funding aus Kleinstspenden aufgebracht.

Die Sorge um ausbleibende Mittel für Arme und Bedürftige ist nachvollziehbar. Es ist die gleiche Sorge, die in der Frage enthalten ist, wer die Straßen bauen wird, wenn es nicht der Staat tut. Dabei schwingt vermutlich ein gerütteltes Maß an Entrüstung mit, weil eine öffentliche Förderung von Kunst



und Kultur nicht mehr möglich ist. Zugleich ist es nicht nur angesichts des erreichten Wohlstandsniveaus, sondern auch mit Blick auf die durch Produktivitätsfortschritte gewonnene Freizeit unglaublich zu behaupten, Staatsbedienstete würden besser als vielfältige privaten Initiativen soziale Dienste leisten.

Abschließend möchte ich zwei politische Themen aus klassisch liberaler Perspektive thematisieren.

1. Eine gerechte Steuer kann nur eine Flat Tax sein, weil nur ein einheitlicher Steuersatz alle Steuerpflichtigen gleich behandelt. Während der Steuersatz für jeden Steuerzahler gleich ist, steigt der zu entrichtende Steuerbetrag mit dem Einkommen. Eine progressive Steuer behandelt hingegen Menschen unterschiedlich – es gibt Gewinner und Verlierer. Eine bedenkenswerte Alternative zur Besteuerung des Einkommens besteht in der Konsumbesteuerung.

2. Kindergeld steht beispielhaft für eine überflüssige sogenannte Fördermaßnahme. Massive Senkungen von Steuern und Abgaben sind eine bessere und gerechtere Alternative. Der Staat hat sich weder in die privaten Entscheidungen durch (vermeintliche) Anreize einzumischen noch irgendeine Gruppe auf Kosten einer anderen zu bevorzugen. Auch eine Peuplierungspolitik ist in einer freien Gesellschaft unnötig. Soziale Sicherung ist nicht von der Demographie abhängig und wirtschaftliches Wachstum weder ein steuerbares noch ein politisch erstrebenswertes Ziel – es fällt ohnehin höher aus als in der Welt der Sozialingenieure und Wirtschaftsklempner. Offenkundig gehört das Kindergeld zu den uferlosen politischen Betreuungsmaßnahmen, die noch dazu häufig von der linken in die rechte Tasche umverteilen unter Abzug der Bürokratiekosten. Das Kindergeld wurde nicht nur mit wachsendem Wohlstand stetig ausgeweitet. Es lässt sich auch um weitere Prämien ergänzen. Die Hochzeitsprämie hat es schon gegeben. Die Herdprämie ist der vorläufige absurde Höhepunkt einer staatsfixierten Gesellschaft.

## KRITIK DES KOSMO-LIBERALISMUS

Im Zuge der aktuellen Völkerwanderung mehren sich Stimmen für bedingungslos offene Grenzen und für eine Loslösung des Liberalismus von der Nation, da dieser kosmopolitisch konzipiert sei. Junge Liberale, vielfach mit globaler Perspektive (Reisen, Hochschulbildung, Medien) aufgewachsen, könnten diese Auffassung für naheliegend oder selbstverständlich halten.

Tatsächlich lebt der Kosmo-Liberalismus von Voraussetzungen, die es erst zu schaffen gilt. Wir leben nicht in einer liberalen Weltgesellschaft, nicht in einem liberalen Weltstaat. Die ungehinderte Bewegung von Arbeit, Kapital und Gütern ist nicht gewährleistet. Es findet keine internationale Lohnangleichung im Sinne einer kosmopolitischen Ökonomie statt. Wohlfahrtsstaatlicher Protektionismus steht dem entgegen, von autoritären Regimen mit privilegierten Eliten in arabischen und afrikanischen Staaten ganz zu schweigen. Der Primat der Inklusion und Diversität trägt aktuell Züge einer politischen Romantik mit religiösem Kern. Die Folgen, die mit einer Anwendung kosmo-liberaler Prinzipien verbunden sind, haben es dementsprechend in sich.

Zunächst bilden territoriale Grenzen eine Voraussetzung für den Rechtsstaat und die Demokratie. Grenzen dienen dem Schutz der Bevölkerung. Die Folgen mangelnder Grenzsicherung hat Europa

teuer bezahlt, auch mit Menschenleben. Grenzen stecken zudem den (Kultur)Raum für die politische Gestaltung des Zusammenlebens von Menschen ab. Mit dem Niedergang der Nationalstaaten in Europa ist der Niedergang der Parlamente verbunden.<sup>8</sup> Vom kosmopolitischen Diktum Ludwig von Mises' sind wir nicht nur mangels Weltwährung, dem Goldstandard, weit entfernt. In Europa fehlen die parlamentarischen Räume für liberale Debatten freisinniger Politiker. Schließlich wohnt dem Kosmo-Liberalismus etwas Utopisches inne. Diese Utopie geht mit der Harmonie einer liberalen Weltgesellschaft weit über die politische Philosophie des Minimalstaats hinaus. Hinzu kommt: Menschen sind nicht per se Kosmopoliten – viele von ihnen fühlen sich an ihre Scholle gebunden. Sie haben eine Heimat und manche, wenn nicht viele, wollen überwiegend unter sich sein. Zugleich integrieren sich viele Asylanten respektive Migranten nicht und bilden erfahrungsgemäß Parallelgesellschaften aus, die sich über Generationen hinweg verfestigen. Die Unruhen und Riots in Frankreich und England weisen auf die internationale Dimension des Problems hin. Schließlich stellt Islamismus eine fundamentale Sicherheitsbedrohung dar.

Ein geradezu banaler Gradmesser für die längst gekippte Hilfsbereitschaft dürfte das Prinzip der Freiwilligkeit sein. Wer sich für die (unbegrenzte) Aufnahme von Flüchtlingen einsetzt, sollte das ganz persönlich tun und dafür seine Wohnung und sein Gehalt einsetzen statt nach der großen Fiktion zu leben und den Staat für seine Forderung in Anspruch zu nehmen. Dazu gehört auch, einvernehmliche Lösungen mit den Nachbarn zu finden, und diese (ggf. dem Coase-Theorem entsprechend) für Wohlfahrtsverluste zu kompensieren.

Der Kosmo-Liberalismus gehört zu den Bindestrich-Liberalismen, die stets das Gute verkünden und leider kontraproduktive Folgen haben („Doing Bad by Doing Good“ Christopher Coyne). Anders als beim Minimalstaat ist es bei Kosmo-Liberalen um den in hoheitlichen Belangen starken Staat nach meinem Eindruck schlecht bestellt. Vielleicht wird die Welt umso kosmopolitischer, je stärker sich Minimalstaaten ausprägen.

## SCHLUSSBEMERKUNGEN

„*Wer in Freiheit etwas anderes als sie selber sucht, ist zur Knechtschaft geboren.*“ urteilte Alexis de Tocqueville. Die Wiederbelebung des Liberalismus gelingt nur, wenn wir uns die Prinzipien vergegenwärtigen, sie von anderen politischen Strömungen und Weltanschauungen abgrenzen. Prinzipien sind zeitlos, zumal hinter ihnen weitere Prinzipien liegen. Prinzipien müssen zuweilen ergänzt und angepasst werden – diesen scheinbaren Widerspruch kennzeichnet eine Ordnung freier Menschen. Zeitgeist und progressive Haltungen sind indes ungenügende Impulse, um eine Ordnung der Freiheit zu befördern – sie verwässern den Liberalismus. Die Zersetzung des Liberalismus kommt in der vermeintlichen Herrschaft des Neoliberalismus beispielhaft zum Ausdruck. Wer den klassischen Liberalismus und seine Konsequenz überwinden will, verfolgt nach meinem Eindruck vor allem beschränkte, kurzfristige, persönliche Zwecke. Insofern beobachte ich mit gewisser Verwunderung,

<sup>8</sup> Siehe dazu Ralf Dahrendorf im Gespräch mit Antonio Polito: Die Krisen der Demokratie, 2. Aufl. München 2002.



dass Befürworter einer Politik des Dritten Weges, der liberalen Vernunft mit sozialer Verwirrung entgegentreten. Eine interventionistische und etatistische Politik sollte beim Namen genannt werden und muss nicht, ja darf nicht liberal heißen.

"Chancen für jeden bringt Fortschritt für alle" ist ein politischer Wahlkampflogan. Entweder handelt es sich um eine Binsenweisheit, weil jeder Mensch Chancen hat und jeder, der sie nutzt, fortschreitet. Oder aber es geht um Umverteilung. Dann ist es eine Monokel-Perspektive mit dem Blick auf die per Partei Geförderten während prinzipienlos über die Belasteten hinweggesehen wird. Es ist schon erstaunlich, dass Wohlfahrt ausgerechnet vom Staat kommen soll. Geld ist demnach offenbar genug da. Man muss es sich nur holen bzw. Staatsbedienstete die Verteilung übernehmen lassen.

Immer dann, wenn es mehr als liberal, mehr als klassisch oder konsequent liberal sein soll, wird es illiberal. Das verwundert nicht. Sozial-liberal enthält bereits einen Zusatz zum Liberalen. Etwas Soziales soll hinzugefügt werden. Das Ergebnis ist mehr oder weniger Liberalismus gemischt mit viel anderem. In den USA wurde das Wort liberal schließlich für sozialdemokratische Positionen verwendet. Das ist nachvollziehbar.

Was dem sozialdemokratischen Liberalismus innewohnt, das ist der Wunsch die Gesellschaft zu organisieren, sie politisch nach spezifischen Meinungen und Ansichten zu lenken, die Menschen mit allen möglichen „Goodies“ zu betüddeln. Damit verbunden ist eine Angst, die nach meiner Auffassung Ausdruck eines tieferen Unverständnisses ist, der spontanen Ordnung, der Selbstorganisation und damit letztlich der Freiheit und Selbstverantwortung zu vertrauen. Die Freiheit ist nicht zuletzt deshalb so verteidigungswert, weil sie so viel Unvorhergesehenes mit sich bringt. Das macht mir auch manche Abneigung gegen das Zeitlose des (konsequenten) Liberalismus und seiner gelehrten Verfechter verständlich. Freiheit ist eine „unbequeme Idee“ (Detmar Doering und Fritz Fliszar). Die Jahrhunderte alte Trennung von Staat und Gesellschaft hat nichts von ihrer Bedeutung eingebüßt. Die Argumente für eine Trennung und für eine Entpolitisierung müssen erneut geschärft werden.

Zugleich gibt es liberale Gemeinsamkeiten, die den konsequenten Liberalismus mit anderen liberalen Denkrichtungen verbindet. Diese herauszustellen ist im politischen Alltag heute wichtiger denn je. Das Minimalstaatsmodell stiftet Orientierung, ist jedoch – bislang – keine Blaupause für praktische Politik, von ganz wenigen klassischen Liberalen abgesehen. Wie auch, wenn Entpolitisierung das Ziel ist.

Liberalismus ist eine politische Philosophie in deren Mittelpunkt der Minimalstaat steht. Liberalismus ist zugleich Humanismus: *„Die Freiheit hat einzig deshalb unschätzbaren Wert, weil sie unserem Geist angemessene Einsicht, unserem Charakter Stärke, unserer Seele Schwung verleiht.“* wie Benjamin Constant erkannte. In einer offenen, pluralistischen Gesellschaft ist es unwahrscheinlich, dass die politische Philosophie des Minimalstaats realisiert wird. Das mindert keineswegs die Bedeutung des Liberalismus, der in seiner konsequenten Form durch Klarheit eine unerlässliche Orientierung bietet.

Die zeitlose Aufgabe und aktuelle Herausforderung lautet: Entpolitisieren! Denn der Staat ist mit Wilhelm von Humboldt *„bloß ein untergeordnetes Mittel, welchem der wahre Zweck, der Mensch, nicht aufgeopfert werden darf“*. Der erste und letzte Zweck des Staates ist die Sicherheit der Bürger.

Andere Handlungen dürfen nicht eingeschränkt werden. Auf keinen Fall soll der Staat für das positive Wohl der Bürger sorgen. Ein konsequenter Liberalismus unterscheidet sich durch Prinzipientreue für eine humane Gesellschaft von seinen willkürlichen Nebenbuhlern.

## FORUM FREIE GESELLSCHAFT (FFG) ...

... setzt sich ein für eine freie Gesellschaft, die Herrschaft des Rechts, die Unverletzlichkeit des Privateigentums, eine Kultur der Freiheit und Bürgerlichkeit, und eine politische Ordnung, die durch maximale Abwehrrechte des Bürgers und einen minimalinvasiven Staat gekennzeichnet ist. Die Aufgaben der Staatsvertreter bleiben auf hoheitliche Funktionen beschränkt, also den Schutz von Leib, Leben und Eigentum sowie die Durchsetzung des Rechts im Fall von Konflikten. Recht wird dabei von Gesetzen unterschieden, weil ersteres aus Konventionen entsteht und letzteres Top down von Experten gesetzt wird.

Aufgabe von FFG ist es, die Erkenntnisse des klassischen Liberalismus wieder zu beleben und fortzuentwickeln. Wir sind der Auffassung, dass eine zweite Aufklärung erforderlich ist, die einer Erneuerung der geistigen Grundlagen folgt. Die Österreichische Schule, deren Stärken und Schwächen thematisiert werden, ist dabei ein Teil einer umfassenden Sozialphilosophie.

Einen Dritten Weg lehnen wir ab, da er in den Sozialismus und seine sanfteren Spielarten führt.